

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Niederschrift

über die 20. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport – am 08.03.2012 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Ria von Schrötter

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Dunkel bis 18.00 Uhr
Frau Gabriele Schröder
Herr Felix Thier
Frau Gabriele Dehn
Herr Lutz Lehmann
Frau Karola Andrae
Herr Andreas Noack

Verwaltung

Herr Horst Bührendt, Dezernent V
Herr Karsten Dornquast, Leiter A 40
Herr Andreas Weiher, Leiter A 65 bis 18.00 Uhr
Herr Winfried Otto, Leiter des Staatlichen Schulamtes bis 18.35 Uhr
Herr Matthias Fröhlich, Sachgebietsleiter Schulverwaltung
Frau Petra Hermann, Leiterin Kreismedienzentrum
Frau Carla Rook, Leiterin Schullandheim Dobbrikow
Herr Silvio Fischer, Leiter Museum des Teltow bis 18.45 Uhr
Frau Andrea Staeck, Leiterin Volkshochschule bis 18.45 Uhr
Frau Margret Hornung, Verwaltungsleiterin OSZ bis 18.45 Uhr

Gäste

Frau Carola Pawlack, Geschäftsführerin Kreissportbund bis 18.30 Uhr
Herr Eller, Kassenwart Kreissportbund bis 18.30 Uhr

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Carola Hartfelder

Sachkundige Einwohner

Herr Andreas Buch

Herr Bert Lindner

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

- - - - -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Mitteilungen der Vorsitzenden
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 19.01.2012
- 3 Beschlusskontrolle
- 4 Überprüfung freiwilliger Aufgaben
- 4.1 Analyse zur Auslastung und Nutzung des Schullandheimes "Haus am See" Dobbrikow
- 4.2 Analyse des Angebotes des Kreismedienzentrums (Unterlagen werden als Tischvorlage nachgereicht)
- 5 Richtlinie zur Förderung des Sports im Landkreis Teltow-Fläming 4-1168/12-V
(Sportförderrichtlinie)
Anwendungsbereich 1
(Förderung des Kreissportbundes Teltow-Fläming e. V., einschließlich der Kreissportjugend Teltow-Fläming)
- 6 Informationen zum aktuellen Stand der Sportentwicklungsplanung
- 7 Sonstiges

Öffentlicher Teil

TOP 1

Begrüßung und Mitteilungen der Vorsitzenden

Frau von Schrötter begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 19.01.201

Es liegen keine Einwendungen vor. Das Protokoll der Sitzung vom 19.01.2012 gilt somit als angenommen.

TOP 3

Beschlusskontrolle

Es liegen keine offenen Themen vor.

TOP 4

Überprüfung freiwilliger Aufgaben

TOP 4.1

Analyse zur Auslastung und Nutzung des Schullandheimes "Haus am See" Dobbrikow

Frau von Schrötter erläutert, der Ausschuss hat sich die Aufgabe gestellt, die freiwilligen Aufgaben, die ganz besonders diesen Ausschuss betreffen, nämlich die Kultur- und Sportförderung, zu überprüfen. Sie übergibt das Wort an Herrn Bührendt.

Herr Bührendt führt einleitend aus, die Verwaltung hat in diesem Ausschuss zugesagt, eine Darstellung aller freiwilligen Aufgaben, die das Amt für Bildung und Kultur betreffen, zu leisten. Heute stehen das Schullandheim „Dobbrikow“ sowie das Kreismedienzentrum auf der Tagesordnung, die anderen Leistungen in den nächsten Sitzungen. Alle Abgeordneten sollen einen Überblick über Leistungen und Strukturen bekommen. Die Verwaltung ist aufgrund des Haushalts sicherungskonzeptes auch verpflichtet, alle freiwilligen Aufgaben zu überprüfen, was sicher auch zu einer Diskussion im Ausschuss führen wird. Diese Diskussion wird in der Arbeitsgemeinschaft zur Haushaltskonsolidierung weitergeführt werden, die vom Kreistag eingerichtet wurde. Er erklärt weiter, heute wird nicht die Frage anstehen, was geschlossen oder nicht geschlossen wird. Herr Bührendt übergibt das Wort an Herrn Dornquast, der als Verantwortlicher des Fachamtes diesen Prozess der Ausarbeitung begleitet hat und die Analysen zum Schullandheim in Dobbrikow sowie des Kreismedienzentrums vorstellen wird.

Herr Dornquast führt aus, der Verwaltung wurde die Aufgabe übertragen, detailliert die Besucher- und Nutzerströme, insbesondere des Schullandheimes „Haus am See“ und auch die Nutzung der Kreisfahrbibliothek in den Regionen darzustellen. Dazu wurde an die Mitglieder des Ausschusses eine Analyse zur Auslastung und Nutzung des Schullandheimes „Haus am See“ in Dobbrikow bereits mit der Tagesordnung versendet, was aufgrund der Vielzahl der Daten für das Kreismedienzentrum nicht geschafft wurde. Die Analyse der Angebote und Nutzung des KMZ Teltow-Fläming haben die Mitglieder des Ausschusses heute als Tischvorlage erhalten.

Herr Dornquast erläutert anhand der Analyse die Kapazität, die Zielgruppen, den pädagogischen Schwerpunkt, die Personalausstattung, die Erträge und Kosten sowie die Belegungen 2011. Zum jetzigen Zeitpunkt liegen schon Anmeldungen für die Jahre 2013/14 vor. Bei den Kosten sieht das Fachamt durchaus Reserven. Nach Beendigung der Präsentation erklärt er für Fragen zur Verfügung zu stehen. Für inhaltliche Fragen steht Frau Rook, die Leiterin des Schullandheimes, zur Verfügung.

Frau von Schrötter bedankt sich für die Ausführungen und bittet die Ausschussmitglieder, Fragen zu stellen.

Herr Thier bezieht sich auf die Aussage, dass nicht alle Gemeinden des Landkreises die Einrichtung in Dobbrikow nutzen. Es interessiert ihn, welche Einrichtungen diese Gemeinden wählen.

Frau von Schrötter führt auf, es gibt viele Möglichkeiten, zum Beispiel Ließen oder Werder.

Frau Andrae weist darauf hin, dass Zossen eine Stadt ist und nicht wie in der Analyse aufgeführt eine Gemeinde. Sie ist verwundert, dass bisher noch niemand sich über eine Reduzierung der Kosten Gedanken gemacht hat und verweist in diesem Zusammenhang auf das Bildungspaket der Bundesregierung. Sie findet 6,00 € pro Tag für nicht bedürftige Kinder für nicht mehr zeitgemäß. Bedürftige Kinder bekämen durch das Bildungspaket Geld wieder. Frau Andrae schlägt vor, durch die Errichtung eines kleinen Anbaus bzw. die Aufstellung eines Containers könnten mehr Kinder aufgenommen werden. Zur Vorhaltung des ganzen Personals hält sie die Belegungstage im Januar und Februar für sehr wenig.

Herr Dornquast erklärt, die Kinder werden im Schullandheim voll verpflegt. Zum Personal verweist er darauf, dass die Küchenhilfen Teilzeitkräfte sind. Da das Essen viermal täglich selbst zubereitet wird, müssen diese im Zweischichtsystem arbeiten. Wenn von 15 Belegungstagen die Rede ist, dann sind das drei Schulwochen. Im Januar ist die erste Woche keine Schulwoche. Die Belegung erfolgt in der Regel von Montag bis Freitag. Das sind fünf Belegungstage. Da auch eine Wochenendbelegung oder eine Ferienbelegung möglich ist, kann er nicht erkennen, dass mit der Stundenzahl des Personals zu großzügig umgegangen wird.

Frau von Schrötter ergänzt, die Höhen und Tiefen der Belegung sind vom Personal abgedeckt.

Herr Thier findet persönlich die Auslastung von 66 % gut, denn vergleichbare Einrichtungen im Land Brandenburg können oftmals diese Auslastung nicht aufweisen. Weiter fragt er, ob sich die Verwaltung darüber Gedanken gemacht hat, wie zusätzliche Besucher akquiriert werden könnten. Aufgrund der günstigen Konditionen denkt er an sozial schwächer gestellte Haushalte oder Personenkreise.

Herr Dornquast antwortet, die Belegung an den Wochenenden oder in den Ferien erfolgt zielgerichtet durch Jugendfeuerwehrgruppen, das Landesjugendorchester, den Mathematikklub etc. Private Besucher lässt die Festlegung für das Schullandheim momentan nicht zu. Er bittet auch daran zu denken, dass ein Arbeitnehmer im Jahr an ca. 230 Tagen arbeitet. Bei größeren Gruppen sind die Kolleginnen des Schullandheimes oftmals 10 Stunden täglich da und deshalb wird auch mit Arbeitszeitkonten gearbeitet. Die Verwaltung ist auch an die Tarifbestimmungen gebunden. Das Arbeitszeitgesetz sieht nicht mehr als 10 Stunden täglich vor.

Herr Thier meint, diese Festlegung zum Schullandheim könnte geändert werden, auch müssen die Pädagogen nicht anwesend sein, wenn eine Familie dort Urlaub macht.

Herr Dornquast gibt Herrn Thier recht, macht aber auf den Aufwand für die Reinigung aufmerksam. Weiter weist er auf die einzuhaltenden Vorschriften vom Gesundheitsamt sowie dem Verbraucherschutz hin, wenn Privaturlauber Zugang zur Gemeinschaftsküche haben. Er bezweifelt auch, dass die Ausstattung ausreichend ist, Jugendliche oder Erwachsene dort adäquat unterzubringen.

Frau Schröder ist ebenso wie Herr Lehmann der Meinung, dass das Schullandheim erhalten werden sollte, da es viele Familien gibt, die niemals in den Urlaub fahren. Zur Steigerung der Kapazität schlägt sie vor, an Schulen und Gemeinden heranzutreten, um für das Schullandheim zu werben.

Frau Andrae bemerkt, dass viele Kinder auch wegen des guten Essens in das Schullandheim fahren. Sie findet die Überarbeitung der Gebührenordnung für erforderlich, da 6,00 € nicht mehr zeitgemäß sind. Weiter erinnert sie an ihre Anregung, das Schullandheim „Dobbrikow“ einem freien Träger zu übertragen.

Herr Fröhlich hält es für richtig, eine neue Gebührenordnung zu erarbeiten. Er bemerkt aber, dass schon vor einem längeren Zeitpunkt eine Kalkulation erarbeitet wurde mit wesentlich höheren Gebühren, vergleichbar mit denen in anderen Einrichtungen. Zu diesem Zeitpunkt haben aber der Haushalts- und Finanzausschuss sowie der Bildungsausschuss sich dafür ausgesprochen, die Bewohner des Landkreises bewusst zu unterstützen. Auf den Vorschlag zur Erhöhung der Kapazität der Betten beschreibt er die bauliche Situation in Dobbrikow. Die Bungalows, die neben der alten Villa auf dem Gelände stehen, müssten aufgrund ihres desolaten Zustandes rückgebaut werden. Zu den Personalkosten bemerkt er, dass diese hauptsächlich durch die Küche verursacht werden. Aber das überaus schmackhafte Essen wird dort selbst zubereitet und trägt wesentlich zu einer gesunden Ernährung bei. Der Kreis als Träger finanziert dieses Essen nur über die Personalkosten.

Herr Weiher, Leiter des Hoch- und Tiefbauamtes, bemerkt, der Landkreis hat in den letzten Jahren das Schullandheim einigermaßen in Betrieb gehalten. Er weist aber darauf hin, sollte es zu einer Diskussion über den Erhalt von Dobbrikow kommen, dann muss dort dringend investiert werden. Er schätzt den Investitionsrückstau auf ca. 500.000 €. Wenn das Thema „Schullandheim“ in die AG „Haushaltskonsolidierung“ geht, wird er zahlenmäßig besser vorbereitet sein.

Frau Andrae bemerkt, sie hätte dem Konjunkturpaket nicht zugestimmt, wenn sie von diesem dramatischen Zustand in Dobbrikow gewusst hätte. Im Rahmen dieses Konjunkturpaketes wurden Schulen saniert, die später einmal leer stehen. Sie schlägt vor, dass dieser Ausschuss dem Kreistag vorschlägt, noch einmal über den Investitionsbedarf in Dobbrikow zu beraten.

Sie bittet Herrn Weiher um Informationen über Glashütte.

Frau von Schrötter meint, es ist einfach zu sagen und hört sich gut beim Wähler an, wir wollen das Schullandheim nicht schließen, wir wollen dort investieren. Das muss aber den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern des Landkreises erklärt werden, da es eine Einrichtung für Kinder und Jugendliche ist, die in Kommunen leben. Sie betont noch einmal, es ist die Aufgabe des Landkreises, alle freiwilligen Aufgaben zu überprüfen.

Frau von Schrötter übergibt Herrn Weiher das Wort.

Herr Weiher, Leiter des Bauamtes und auch zuständig für Glashütte, stellt klar, dass es nicht darum geht, eine Leistung abzuschaffen. Er weist darauf hin, es gibt auch im Landkreis Einrichtungen, wie z. B. Glashütte, die ein solches Angebot übernehmen würden. Das Museumsdorf ist Eigentum des Landkreises und auch in einem sehr guten Zustand. Herr Weiher führt weiter aus, es gibt dort Kapazitäten von 72 Betten, ein relativ modernes Gebäude, dazu kommen im Vorderhaus der alten Schule mehrere Räumlichkeiten, die für Erwachsene geeignet sind, die man aber auch vermieten kann. Er beschreibt das große Angebot an Aktivitäten in Glashütte und betont, ein gut funktionierendes Schullandheim würde erheblich dazu beitragen, dass mehr Gäste kommen. Weiter informiert er aber auch, dass dieses Gebäude im Rahmen eines Erbbaurechtsvertrages bis zum Jahr 2034 an eine private Gesellschaft vergeben ist. Diese Gesellschaft befindet sich in Liquidation. Das Haus wird zurzeit nicht genutzt. Herr Weiher weist darauf hin, sofern der Landkreis das Erbbaurecht zurückerhalten möchte, kommen ganz erhebliche Kosten auf ihn zu. Insofern ist es nicht einfach, in Glashütte die Herberge in ein Schullandheim umzuwandeln.

Herr Thier erklärt, solange ihm nichts Schriftliches vorliegt, wird er den Standort Glashütte nicht in seine Erwägungen einbeziehen. Er persönlich glaubt auch nicht, dass Glashütte ähnliche touristische Attraktivitäten, wie z. B. die Lage am See, aufweisen kann.

Frau Andrae schließt sich der Meinung von Frau Schröder an, dass die Schließung vom Schullandheim nicht in Betracht kommen sollte. Sie ist der Meinung, dort muss investiert werden.

Frau von Schrötter fasst zusammen, es gibt keine Zweifel an der Qualität und den Sinn des Schullandheimes, aber der Landkreis steht unter dem Druck des Sparens. Sie stellt klar, dass noch nie über die Schließung gesprochen wurde, sondern nur über die Überprüfung der freiwilligen Aufgaben. Ihr vorliegende Schreiben, z. B. von der Gemeinde Nuthe-Urstromtal sowie der Vorsitzenden des Grundschulverbandes, die große Gefahren in Richtung einer Schließung sehen, wird sie an die AG „Haushaltskonsolidierung“ geben.

Frau von Schrötter schließt diesen Tagesordnungspunkt ab und bedankt sich bei Frau Rook sowie Herrn Weiher.

TOP 4.2

Analyse des Angebotes des Kreismedienzentrums

Herr Dornquast stellt die Analyse der Angebote und Nutzung des Kreismedienzentrums Teltow-Fläming vor. Er führt aus, die Fragestellung an die Verwaltung war, welche Orte, Ortsteile, Städte und Gemeinden werden angefahren, wie ist das Entleihungsverhalten, welche Medien stehen zur Verfügung. Die öffentlichen Bibliotheken konzentrieren sich im Norden des Landkreises. Aus der Analyse ist auch der unterschiedliche Bestand an Medien und Büchern ersichtlich. Weiterhin ist zu erkennen, dass im Süden bzw. östlichen Bereich nur noch nebenberuflich betriebene Bibliotheken vorhanden sind.

Weiter erläutert Herr Dornquast die Aufgaben und Angebote des Kreismedienzentrums, die Kostenstruktur sowie die Veranstaltungen im Jahr 2011. In Bezug auf die Kostenstruktur sieht er die Möglichkeit einer Gebührenerhöhung. Weiter führt er aus, das Kreismedienzentrum hat ein breitgefächertes Angebot. Die Zielgruppen sind Kindertagesstätten, Horte, Schulen aber auch verschiedenste Veranstaltungen, die zu anderen Veranstaltungen der Kreisverwaltung, wie z. B. dem Kreiserntefest, im Kontext stehen. Im vergangenen Jahr wurde erstmalig ein Kinderfilmfest durchgeführt. Den Schwerpunkt bildet dabei die medienpädagogische Erziehung.

Von der Bildstelle werden vor allem die Schulen versorgt.

Zu den Besucherzahlen erklärt er, bei einer Familie mit mehreren Familienangehörigen erfolgt die Ausleihe nur auf einen Bibliotheksausweis, nicht auf die einzelne Person.

Abschließend beschreibt er die Zukunftsprojekte digitale Distribution sowie die virtuelle Ausleihe. Er bittet, Rückfragen an Frau Hermann, Leiterin des Kreismedienzentrums, sowie an ihn zu stellen.

Frau Schröder hat Verständnis für die Weiterentwicklung der Technik. Sie gibt aber zu bedenken, dass viele alte Leute die Fahrbibliothek nutzen, die auch miteinander kommunizieren. Ihrer Meinung nach bleiben durch die Digitalisierung die zwischenmenschlichen Beziehungen auf der Strecke.

Herr Lehmann bemängelt die Diskrepanz zwischen Lesern und Besuchern sowie die niedrigen Ausleihgebühren.

Dazu bemerkt Frau von Schrötter, dass die Ausleihgebühren von diesem Ausschuss empfohlen wurden.

Frau Schröder betont noch einmal, wie wichtig die Fahrbibliothek gerade für Dörfer und Ortsteile ist. Sie regt eine Gebührenerhöhung an.

Herr Bührendt findet es sehr wichtig, dass durch die Fahrbibliothek auch Leser in den Dörfern erreicht werden, die sonst nicht beweglich sind, vor allem aber auch Kinder in den Kitas und in den Grundschulen. Er weist darauf hin, es wurde nicht gesagt, dass die digitale Ausleihe die Alternative ist, sondern sie ist ergänzend. Er gibt aber zu bedenken, zu einem späteren Zeitpunkt wird eine Reparatur des Bücherbusses nicht mehr wirtschaftlich und sinnvoll sein. Eine Neuanschaffung würde ca. 500.000 € betragen. Herr Bührendt plädiert dafür, gemeinsam nach Alternativen zu suchen und auch ungewöhnliche Wege zu gehen.

Frau von Schrötter findet die Darstellung der Aufgabenbereiche des Kreismedienzentrums sehr wichtig. Sie war erstaunt über die große Anzahl an Medien, die über den Bücherbus ausgeliehen werden. Das „Für und Wider“ muss zur Beratung an die AG „Haushaltskonsolidierung“ zur Beratung über das Nutzen-Kosten-Verhältnis gegeben werden. Sie erinnert auch noch einmal daran, dass das Kreismedienzentrum von Bürgern der Kommunen genutzt wird. Bevor eine Leistung wegfällt, sollte ausgeglichen und kompensiert werden.

Frau Andrae drückt ihr Unverständnis aus, dass der Bücherbus nach Zossen kommt, obwohl die Stadt zwei Großbibliotheken mit einem großen Bücherbestand und genügend Personal vorhält. Sie meint, es kann nicht die Aufgabe des Landkreises sein, die Leser in Zossen aufzusuchen, obwohl die Stadt einen großen Buchbestand vorweisen kann. Sie findet die Aufschlüsselung sehr interessant und wird sie mit nach Zossen nehmen.

Herr Noack gibt Frau Andrae in Bezug auf Zossen Recht. Er stimmt aber auch der Meinung von Frau Schröder zu, den Bücherbus zu erhalten, da er ihn in den kleinen Ortsteilen für sehr wichtig hält. Er kann Frau von Schrötter nicht zustimmen, den Kosten-Nutzen-Faktor des Bücherbusses sowie auch des Schullandheimes durch die AG „Haushaltskonsolidierung“ prüfen zu lassen. Herr Noack kritisiert, dass über die freiwilligen Aufgaben des Landkreises gesprochen wird, die lediglich ca. 3 % des Gesamthaushaltes betragen. Er bemängelt, dass über das wirkliche Sparpotential, die Personalkosten, nicht gesprochen wird. Seiner Meinung nach müssen die politisch Verantwortlichen dafür sorgen, dass in diesem Punkt die Hausarbeit gemacht wird. Zur Beteiligung der Kommunen erwähnt er die jährlich zu zahlende Kreisumlage, die allein für die Stadt Zossen 15 Millionen Euro beträgt.

In diesem Zusammenhang erinnert Frau von Schrötter an die Forderung der Bürgermeisterin von Zossen, Frau Schreiber, sämtliche freiwilligen Aufgaben durch den Landkreis zu streichen.

Frau Schröder gibt Herrn Noack Recht. Ihr ist unverständlich, dass dieser Ausschuss über Kleinigkeiten reden muss, während von der Bundesregierung Geld für unverständliche Dinge ausgegeben wird. Ihrer Meinung nach müsste das Geld ausgeglichener und besser verteilt werden.

Frau von Schrötter schlägt vor, dieses Protokoll an die Arbeitsgruppe der Verwaltung zur Haushaltskonsolidierung weiterzugeben, da es wichtige Anregungen enthält. Sie schließt den Tagesordnungspunkt.

TOP 5

Richtlinie zur Förderung des Sports im Landkreis Teltow-Fläming

(Sportförderrichtlinie) Anwendungsbereich 1

(Förderung des Kreissportbundes Teltow-Fläming e. V., einschließlich der Kreissportjugend Teltow-Fläming) (4-1168/12-V)

Frau von Schrötter übergibt das Wort an Herrn Dornquast.

Herr Dornquast führt aus, in diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Förderung des Kreissportbundes, insbesondere um die Personalkosten. Im Jahr 2011 hat der Kreistag eine neue Sportförderrichtlinie beschlossen. In dieser wurde festgeschrieben, dass der Landkreis Teltow-Fläming über die Sportförderrichtlinie die Geschäftsführerstelle des Kreissportbundes sowie eine halbe Stelle „Sportjugend“ fördert. Weiter erklärt er, der Kreissportbund hat darauf vertrauend entsprechende Arbeitsverträge vereinbart. Da sich der Landkreis Teltow-Fläming noch in der vorläufigen Haushaltsführung befindet, ist zurzeit keine Grundlage vorhanden, die erforderlichen Finanzen für die Bezahlung des Personals auszureichen. Nach juristischer Prüfung und anhand der Kommunalverfassung ist es aber der Verwaltung möglich, für Aufgaben, die gebunden sind, die auch in den Jahren zuvor getätigt wurden und sich im Haushalt wiederfinden, die entsprechenden Kosten auch während der vorläufigen Haushaltsführung auszuführen. Herr Dornquast berichtet weiter, die Vorlage wurde von der Verwaltung über die Dienstberatung des Landrates vorbereitet und den Mitgliedern des Ausschusses heute als Tischvorlage ausgereicht. Er selbst hat noch einmal mit der Kämmerin, Frau Pieper, darüber gesprochen. Frau Pieper hat der Auszahlung zugestimmt. Jetzt ist die Zustimmung des Ausschusses erforderlich, um dem Kreissportbund die Mittel auszuführen. In diesem Zusammenhang möchte er auch daran erinnern, dass der Kreissportbund im vergangenen Jahr die Kinder- und Jugendfestspiele durchgeführt hat. Die Förderung in Höhe von 5.500 € war in der Sportförderung vorgesehen und konnte auch nicht ausgezahlt werden. Das heißt, auch dort ist der Kreissportbund für den Landkreis in Vorleistung gegangen. Demzufolge ist der Kreissportbund erstmalig mit einem Minusbetrag in das neue Jahr gegangen und kann Ende März seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Abschließend erklärt Herr Dornquast, für Rückfragen stehen die Geschäftsführerin des Kreissportbundes, Frau Pawlack sowie der Kassenwart des Kreissportbundes, Herr Eller, zur Verfügung.

Frau von Schrötter bemerkt, die Sachlage wurde von Herrn Dornquast ausreichend beschrieben. Weiterhin wurde auch die Notwendigkeit des Handelns dargestellt.

Auf Nachfrage von Frau Andrae erklärt Herr Dornquast, Frau Pieper hat zugestimmt, dass monatliche Abschlagzahlungen für die Personalkosten vorgenommen werden. Die Details werden nach der Beschlusslage mit dem Kreissportbund dann abgestimmt. Da der Kreissportbund in Vorleistung gegangen ist, müssen die Personalkosten natürlich für zwei Monate gezahlt werden.

Frau von Schrötter stellt fest, dass es keine weiteren Nachfragen gibt und bittet die stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses um Abstimmung über diese Vorlage.

Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 2 Enthaltungen: 0

Somit stimmt der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport der Bewilligung einer Zuwendung zur Förderung des Kreissportbundes Teltow-Fläming e. V. für das Haushaltsjahr 2012 zu.

TOP 6

Informationen zum aktuellen Stand der Sportentwicklungsplanung

Frau von Schrötter möchte noch einmal betonen, dass trotz des großen Verwaltungsaufwandes, die die Vorbereitung der Schulentwicklungsplanung für die nächsten fünf Jahre mit sich bringt, Herr Dornquast immer jedes Anliegen, was von ihrer Seite an die Verwaltung herangetragen wird, mit sofortiger Wirkung umsetzt. Kleine Fehler, die passieren, sollten dann keine Erwähnung finden.

Aufgrund der Erkrankung von Frau Kaminski übergibt Frau von Schrötter das Wort an Herrn Dornquast.

Herr Dornquast führt aus, vor einem Vierteljahr wurde an die Mitglieder des Ausschusses das umfangreiche Material ausgereicht. Die Ausschussmitglieder wollten sich damit erst einmal befassen und die Rückfragen im März/April stellen. Daher ist dieser Punkt heute auf der Tagesordnung. In dieser Zeit wurden noch alle Bürgermeister/innen sowie der Amtsdirektor von der Verwaltung angeschrieben. Dazu hat die Verwaltung zum Teil Rückläufe bekommen, wie die Kommunen mit den Empfehlungen und der Handreichung zur Sportentwicklungsplanung umgehen wollen. Weiter berichtet Herr Dornquast, viele Kommunen behalten es sich vor, die Empfehlungen zur Sportentwicklungsplanung zunächst in den Gremien zu beraten. Bei dem teilweisen Rücklauf von den Kommunen gibt es für die Verwaltung zurzeit keinen weiteren Handlungsbedarf. Abschließend führt er aus, die Fragen der Mitglieder des Ausschusses werden entsprechend aufbereitet und beantwortet.

Frau von Schrötter bekräftigt, das war auch der Auftrag an die Verwaltung. Diesen hat sie auch erfüllt. Sie bittet die Anwesenden Fragen zu stellen.

Frau Andrae ist sehr verwundert über die Empfehlung an die Stadt Zossen, ein Schwimmbad zu bauen. Sie verweist darauf, dass die meisten Schwimmbäder defizitär sind. Daher wird die Stadt Zossen niemals ein Schwimmbad errichten und den Schulsport mit übernehmen.

Frau von Schrötter denkt, dass genau darin die Benehmensherstellungen mit den Gemeinden vorgenommen werden. Sie geht davon aus, dass diese Rückläufer in diesem Planansatz auch kommen werden.

Herr Lehmann betont, es war das Anliegen, im März darüber zu reden, weil die Rückläufer von den Kommunen zu diesem Zeitpunkt da sein sollten. Die Stellungnahmen der Kommunen wären für diesen Tagesordnungspunkt wichtig gewesen.

Er macht darauf aufmerksam, unter Anwesenheit vom Beigeordneten, Herrn Gärtner sowie Frau Kaminski hat er eingefordert, erst die Rückläufer aus den Kommunen abzuwarten, um dann eine Stellungnahme des Ausschusses zu erarbeiten.

Frau von Schrötter erwidert, wenn Frau Kaminski nicht krank geworden wäre, wären diese Rückläufer wahrscheinlich auch hier. Da die Vorlage der Universität Potsdam zu umfangreich war, wurde aber abgesprochen, dass sich jedes Ausschussmitglied die Vorlage durcharbeitet und dann die persönlichen Fragen einbringt. Sie hat in einem Gespräch mit Herrn Dornquast den Ausschuss im März festgelegt.

Herr Lehmann bekräftigt noch einmal, es wurde eindeutig von ihm gefordert, dass die Stellungnahmen von den Kommunen vorliegen.

Herr Dornquast erläutert, das Gesamtkonzept ist erst in der Dienstberatung beim Landrat vorgestellt worden. Dann wurde es im Ausschuss behandelt. Im Anschluss wurden von der Verwaltung noch einmal alle Kommunen angeschrieben, die vorher auch an dem Verfahren beteiligt waren. Ihm sind vier Rückläufer bekannt. Die Fragestellung von Frau Andrae ist protokolliert. Die Verwaltung wird darauf antworten. Er erklärt weiter, was Prof. Rohde vorge-

stellt hat, beruht auf theoretischen und wissenschaftlichen Annahmen sowie der Bevölkerungsentwicklung. Herr Prof. Rohde hat sich nicht mit der Finanzierbarkeit auseinandergesetzt, sondern Empfehlungen aus der sportwissenschaftlichen Betrachtung gegeben. Das kann die Verwaltung nicht beurteilen, dazu muss Prof. Rohde noch einmal eingeladen werden. Er bietet den Mitgliedern des Ausschusses an, Fragen per E-Mail oder mündlich an ihn zu richten und sagt eine Antwort darauf zu. Für Fragen, die von der Verwaltung nicht beantwortet werden können, werden in einem der nächsten Ausschusstermine noch einmal die Fachleute eingeladen. Er schließt dazu den Sitzungstermin im April aus, da die komplette Schulentwicklungsplanung behandelt werden muss. Auch steht die Neue Galerie dann wieder auf der Tagesordnung.

Frau von Schrötter erklärt abschließend, weitere Fragen ergeben sich eventuell, wenn die Kommunen Rückmeldungen gegeben haben.

TOP 7 **Sonstiges**

Frau Schröder erinnert daran, dass der Ausschuss im Monat März noch einmal das Thema „Inklusion“ behandeln wollte. Sie findet dieses Thema sehr wichtig und fragt daher, warum es nicht auf der Tagesordnung steht.

Frau von Schrötter erklärt, sie hat dazu mit Herrn Otto, Leiter des Staatlichen Schulamtes, gesprochen. Herr Otto teilte ihr mit, dass es zurzeit keine neuen konkreten weiteren Vorgehensweisen, Absprachen oder Vorgaben von Seiten des Ministeriums gibt. Sofern es zu diesem Thema etwas Neues gibt, wird es wieder behandelt.

Dazu ergänzt Herr Dornquast, auch die Bewilligung für die Pilotschulen, die sich bis Ende Januar zu bewerben hatten, wurde jetzt auf Ende März in der Entscheidung verschoben.

Herr Thier hat eine Nachfrage zur Eröffnung der neuen Sporthalle in Mellensee. Er bemerkt, dieser Ausschuss hatte einen nicht ganz unerheblichen Anteil an der Bewilligung der Finanzierung und fragt deshalb, ob zur Eröffnung innerhalb dieses Ausschusses jemand eine Einladung bekommen hat. Er hätte sich dieses Objekt gerne angeschaut.

Frau von Schrötter fragt die Ausschussmitglieder. Sie teilt mit, keine Einladung zur Eröffnung bekommen zu haben.

Herr Lehmann erklärt dazu, dass er in der letzten Sitzung versäumt hat, den Ausschuss über die Eröffnung am 10.02.2012 zu informieren. Das hat er nach der letzten Ausschusssitzung Frau von Schrötter und Herrn Bührendt mitgeteilt und vereinbart, dass die Ausschussmitglieder über die Eröffnung per Mail informiert werden.

Er schlägt vor, eine Ausschusssitzung in Mellensee im Sportzentrum durchzuführen, schließt aber die Sitzung im April aufgrund seines Urlaubs aus.

Frau von Schrötter begrüßt diesen Vorschlag. Sie kann aber noch keinen Termin benennen, da es auch auf die Anzahl der Themen des jeweiligen Ausschusses ankommt.

Frau Andrae stellt Herr Dornquast die Frage, ob die Flex-Klassen vom Land wieder aufgelöst werden.

Herr Dornquast verneint diese Frage. Er erklärt, es ist eine Angelegenheit der Schule und wird über die Schulkonferenz beschlossen. Dem Wunsch der Schule kommt dann das Staat-

liche Schulamt nach. An dieser Vorgehensweise ist momentan keine Veränderung per Verordnung oder Gesetzesänderung vorgesehen.

Frau von Schrötter beendet die Sitzung, bedankt sich für die Teilnahme und wünscht allen einen guten Heimweg.

Datum: 22.03.2012

gez. Ria von Schrötter
Die Vorsitzende

Heike Linke
Protokollantin